

Konrad
-Adenauer-
Stiftung



Parlamentswahlen in Frankreich – 1. Wahlgang: UMP gewinnt überwältigende Mehrheit

Aktueller politischer Kurzbericht Frankreich

Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin KAS-Paris und Céline Caro, wiss. Mitarbeiterin,
KAS-Paris, den 11. Juni 2007

Im ersten Wahlgang zur französischen Nationalversammlung am gestrigen Sonntag hat die UMP eine überwältigende Mehrheit erreicht und damit die Weichen für eine Zweidrittelmehrheit im zweiten Wahlgang am kommenden Sonntag gestellt.

Systembedingt haben Parlamentswahlen in Frankreich eine geringere Bedeutung als die Präsidentschaftswahlen. Während bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich vom 22. April und 6. Mai in beiden Wahlgängen jeweils eine Rekord-Wahlbeteiligung von über 84% erreicht werden konnte, fiel die Wahlbeteiligung beim 1. Wahlgang der Parlamentswahlen vom 10. Juni auf ein Rekordtief.

Insgesamt waren 43,8 Mio. Wahlberechtigte (davon eine Mio. Wähler aus den Überseegebieten) aufgerufen, ihre Stimme abzugeben, die Wahlbeteiligung lag bei 60,4% im Vergleich zu 64,4% im 1. Wahlgang in 2002 und war somit die schwächste Wahlbeteiligung seit 1958. Aus den Überseedépartements (wie beispielsweise Französisch-Guyana, Gouadeloupe und Martinique) wurden sogar Rekordenthaltungen von bis zu 65% gemeldet.

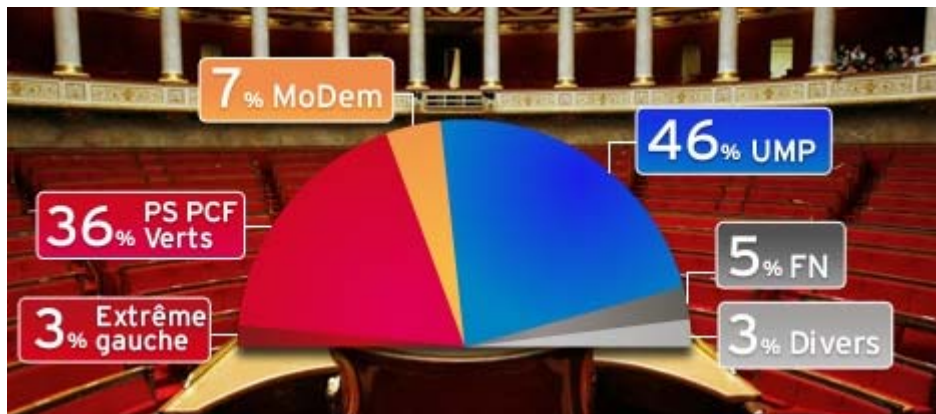
Die niedrige Wahlbeteiligung hat indes dem überwältigenden Sieg der UMP keinen Abbruch getan.

46 % der Wähler stimmten für die UMP und andere Parteien des rechten Bündnisses (Nouveau Centre und MPF u.a.), davon erhielten UMP und Nouveau Centre ca. 43%, die MPF von Philippe de Villiers und Sonstige insgesamt 3%. Dies entspricht 10 Prozentpunkten mehr als 2002.

Im linken Parteienspektrum erhielt die PS insgesamt 28,5% der Stimmen, dabei erreichten die Kommunisten ein unerwartet gutes Ergebnis von 4,75%, die Grünen kamen auf 2,75% und die Linksextremisten auf 3%.

Der erste Wahlgang bestätigt die Schwäche der extrem rechten Parteien, die FN kam lediglich auf 4,5% und die MNR (2. rechtsextreme Partei) auf 0,5%.

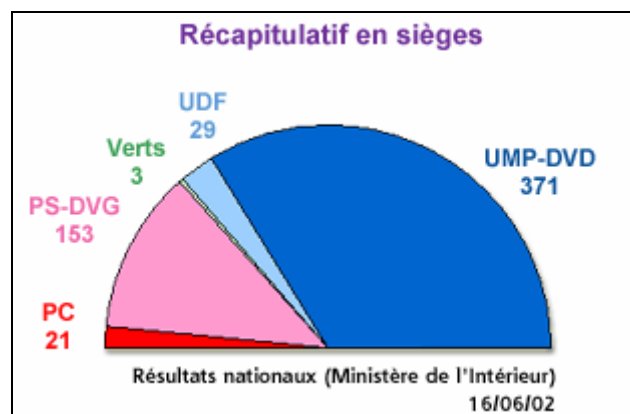
Der zweite große Verlierer dieses ersten Wahlganges ist die von François Bayrou gegründete neue Partei im politischen Zentrum, MoDem, mit nur 7%.



Quelle: www.lefigaro.fr (Ergebnisse am 11.06.07)

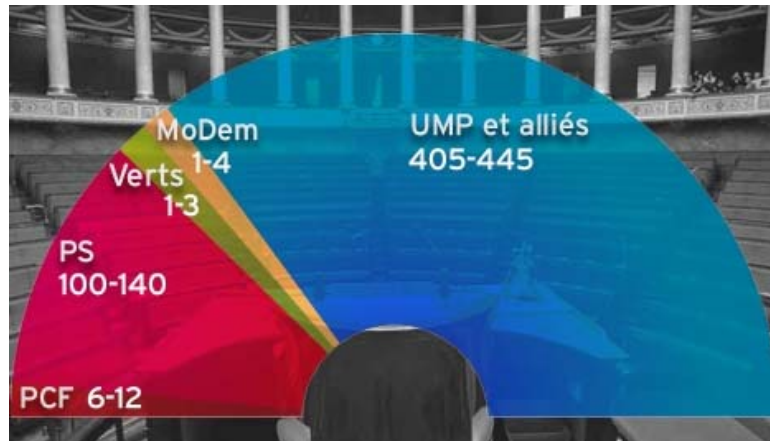
Es standen 7.639 Kandidaten für 577 Abgeordnetensitze zur Verfügung, davon waren 3.177 Frauen, was einem Anteil von 41,6 % entspricht. Die jüngste Kandidatin war 23 und der älteste 86 Jahre alt, bei einem Durchschnittsalter von 50. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Assemblée Nationale sind 13,2% der Abgeordneten weiblich, das Durchschnittsalter der Mandatsträger liegt bei 58 Jahren und der jüngste Abgeordnete ist 32.

Die derzeitige Sitzverteilung in der französischen Nationalversammlung ergibt folgendes Bild (Wahlen 2002):



Quelle: www.ipsos.fr

Nach dem Ergebnis des 1. Wahlgangs und den Hochrechnungen für die Sitzverteilung könnte die Zusammensetzung der Assemblée Nationale am kommenden Sonntag die bereits komfortable Mehrheit der UMP noch ausweiten; die Prognose ergibt folgendes Bild:



Quelle: www.lefigaro.fr (Prognose vom 11.06.07)

Exkurs zum Wahlsystem

Die Abgeordneten der Nationalversammlung werden in (allgemeiner) *unmittelbarer* Wahl gewählt (Artikel 24 Absatz 2 und 3 der Verfassung); die Legislaturperiode beträgt 5 Jahre.

Es besteht ein Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen. Bei dieser Persönlichkeitswahl bewerben sich die Kandidaten im Rahmen eines Departements oder eines Wahlkreises um ein Abgeordnetenmandat. In einem Departement gibt es zwischen einem und 24 Wahlkreisen mit jeweils zwischen 6000 und 130 000 Einwohnern. Insgesamt gibt es 577 Wahlkreise, d.h. 577 Abgeordnete, die sich wie folgt zusammensetzen: 555 werden in Kontinentalfrankreich gewählt, 15 kommen aus den Überseedepartements (Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Reunion), 2 aus den Übersee-Gebietskörperschaften (Mayotte, Saint-Pierre und Miquelon) und 5 aus den Übersee-Territorien (Neu-Kaledonien, Französisch-Polynesien, Wallis und Futuna).

Gewählt ist *im ersten Wahlgang* derjenige Kandidat, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen sowie mindestens ein Viertel der Stimmen der eingeschriebenen Wähler erlangt.

Der zweite Wahlgang findet an dem darauf folgenden Sonntag (17. Juni 2007) statt. Im zweiten Wahlgang kann antreten, wer im ersten Wahlgang mindestens 12,5% der Stimmen der eingeschriebenen Wähler erhielt, was dazu führt, dass in manchen Wahlkreisen mehr als zwei Kandidaten in die Stichwahl kommen können.

Im zweiten Wahlgang reicht dann die relative Mehrheit. Im Falle einer sog. „Triangulaire“ (3 Kandidaten für den 2. Wahlgang) einigen sich die Parteien eines politischen Lagers in der Regel darauf, gemeinsam einen Kandidaten zu unterstützen, so dass meistens jeweils nur ein Kandidat des konservativen und des linken Lagers an der Stichwahl teilnimmt.

Für den Fall, dass ein rechtsextremer Kandidat der Front National (FN) in den 2. Wahlgang kommt – 2002 war das in 13 Wahlkreisen der Fall, 1997 in 133 – einigen sich die Kandidaten der traditionellen Parteien darauf, ihm einen einzigen Gegner entgegen zu stellen. Diese Besonderheit des Wahlsystems erklärt, warum die FN-Kandidaten, obwohl sie in allen Bezirken präsent sind, chancenlos bleiben. Aus diesem Grund verfügt die FN über keinen einzigen Abgeordneten in der Nationalversammlung.

Wahlberechtigt sind alle Französinen und Franzosen, die volljährig (18 Jahre) und im Besitz ihrer bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Volljährigkeit in Bezug auf die Wahlen wurde durch das Gesetz vom 5. Juli 1974 auf 18 Jahre festgelegt. Wählbar sind alle Französinen und Franzosen, die mindestens 23 Jahre alt sind.

Gleichzeitig mit der Kandidatin bzw. dem Kandidaten muss sich ein "möglicher Vertreter" zur Wahl stellen, um in bestimmten Fällen nachzurücken. (Cf.: Nach Artikel 23 der Verfassung sind Regierungsamt und parlamentarisches Mandat unvereinbar, weshalb ein Nachrücksystem erforderlich ist).

Insgesamt haben mehr als 80 Parteien und politische Gruppierungen Kandidaten für die Parlamentswahlen aufgestellt, die Anzahl der Kandidaten der wichtigsten Parteien zeigt folgende Aufstellung:

| | |
|--|----------------|
| Lutte ouvrière (Partei des Arbeiterkampfes): | 563 Kandidaten |
| FN (Front National) | 557 Kandidaten |
| UMP | 546 Kandidaten |
| MoDem (neue Partei Bayrous) | 535 Kandidaten |
| Les Verts (die Grünen) | 531 Kandidaten |
| PS (Sozialistische Partei) | 521 Kandidaten |
| PCF (Kommunistische Partei) | 512 Kandidaten |
| LCR (Linksextremisten) | 500 Kandidaten |

Die von H. Morin neu gegründete Partei Nouveau Centre, die dem UMP-Bündnis angehört („präsidentielle Mehrheit“), stellte lediglich 80 Kandidaten auf.

98 Abgeordnete der jetzigen Nationalversammlung stellten sich nicht wieder zur Wahl. 2002 wurden 58 Abgeordnete im ersten Wahlgang gewählt, 2007 indes 110 Abgeordnete – davon kommt nur einer aus dem linken Lager (PS).

Sog. „Triangulaires“ gibt es dieses Mal kaum. Dies erklärt sich durch die herausragenden Wahlergebnisse der UMP sowie durch die schwache Wahlbeteiligung.

Sowohl der Premierminister als auch 9 Minister und ein Staatssekretär der neuen französischen Regierung hatten sich zu Wahl gestellt, wohl wissend, dass sie ihr Mandat an ihren Stellvertreter abgeben werden müssen (vgl. Art. 23 der frz. Verf., wie oben beschrieben). Und jeder Minister, der bei den Parlamentswahlen antritt und sein Mandat verliert, muss von seinem Ministeramt zurücktreten – diese Devise hatte Premier François Fillon ausgegeben, um die demokratische Legitimität der Minister zu unterstreichen. Er selbst ging damit auch ein hohes Risiko ein, da er sich ebenfalls dazu verpflichtet hat, im Falle einer Wahlniederlage sein Amt niederzulegen. Wenn er und seine Minister indes ihre Mandate gewinnen, geht die neue französische Regierung gestärkter denn je zuvor aus den Parlamentswahlen hervor, nämlich mit dem Vertrauen der Wähler.

François Fillon, der das Wahlergebnis des 1. Wahlganges als „Bestätigung des Willens der Franzosen, Frankreich einen Kurs zu geben“ („confirmit la volonté des Français de donner un cap à la France“) kommentierte, wurde bereits im 1. Wahlgang mit 53,4% gewählt, 5 der 9 Minister und ein Staatssekretär konnten sich ebenfalls im 1. Wahlgang behaupten: der Minister für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung, Jean-Louis Borloo mit 54%, Arbeitsminister Xavier Bertrand, mit 53,2%, Verteidigungsminister Hervé Morin mit 50,05%, Haushaltsminister Eric Woerth mit 57,4%, und Dominique Bussereau, Staatssekretär im Umweltministerium mit 51,7% sowie Valérie Pécresse, Ministerin für Hochschulwesen und Forschung mit 54,8%.

Alain Juppé, der neue Superminister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Energie und Verkehr, Innenministerin Michèle Alliot-Marie, Gesundheitsministerin Roselyne Bachelot und Christine Boutin, die Ministerin für Wohnungsbau und Städteplanung, kommen am nächsten Sonntag in die Stichwahl, konnten aber im ersten Wahlgang bereits sehr gute Ergebnisse erzielen.

Fillon rief die Wähler auf, im 2. Wahlgang verstärkt zu den Urnen zu gehen, um die große Mehrheit zu bestätigen und den tatsächlichen „Wandel“ (changement) herbeizuführen.

Die niedrige Wahlbeteiligung ist nach zwei Wahlgängen der Präsidentschaftswahlen mit Politikmüdigkeit zu erklären, viele Wähler blieben den Wahlurnen fern, da das „Ergebnis vorauszusehen war“, es fehlte die Spannung der Präsidentschaftswahlen. Hinzu kam, dass es ein Parlamentswahlkampf ohne Themen war; die eigentlichen Themen und Reformprojekte waren gänzlich im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes diskutiert worden. Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatte im Vorfeld der Parlamentswahlen aktiv in den Wahlkampf bei einer Großkundgebung seiner Partei eingegriffen. Mit einem Appell an das französische Volk, hatte er die Wähler aufgefordert, ihm bei den Parlamentswahlen zu einem überwältigenden Sieg seiner Partei zu verhelfen, um somit die schnelle Umsetzung seines umfassenden Reformprogramms garantieren zu können. De facto ist der 1. Wahlgang eine Bestätigung der Regierung des Tandems Sarkozy-Fillon, aber auch eine Bestätigung der neuen Politik der „Öffnung“ sowie ein Resultat der Schwäche der Sozialisten. Die Sozialisten weigern sich noch, die Niederlage einzugestehen und hoffen darauf, ihre Wähler zum zweiten Wahlgang mobilisieren zu können, doch der „Effekt Sarkozy“ wird auch am nächsten Sonntag nicht aufzuhalten sein.